

Menschenrecht auf Wasser - daran kommt die EU - Kommission nicht mehr vorbei

Anhörung "right2water" am 17.02. 2014 war großer Erfolg

Sowohl die Kommission als auch das EU - Parlament hatten am 17. Februar zur Anhörung der ersten erfolgreichen Bürgerinitiative "Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung" eingeladen. Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerkomitees der Initiative erläuterten die drei Hauptforderungen vor den europäischen Repräsentanten.

- ❖ Zugang für alle Europäerinnen und Europäer zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung
- ❖ "Nein" zu jeglichen Liberalisierungsversuchen für Wasser und Wasserdienstleistungen
- ❖ EU- Unterstützung für den universellen Zugang zu Wasser für allen Menschen

Vizekommissionschef Sevcovic empfing und begrüßte morgens 25 Vertreterinnen und Vertreter der EBI, die elf Mitgliedstaaten repräsentierten, in der Kommissionsverwaltung. Vertreterinnen und Vertreter aller Generaldirektionen nahmen ebenfalls teil.

Für Deutschland gehörte Erhard Ott, Koordinator der EBI und Bundesvorstandsmitglied von ver.di zu den Berichterstatern. Herr Sevcovic bezeichnete die EBI als Pioniertat, lobte die gute Organisation und das Engagement aller Beteiligten. So könnten die Menschen sich direkt demokratisch beteiligen.

Die Präsidentin des Europäischen Gewerkschaftsbundes Anne-Marie Perret erläuterte in ihrem Eröffnungsstatement, dass die bisherigen Regelungen Europas nicht ausreichen würden, um die UN Resolution für ein Menschenrecht auf Wasser mit praktischer Handhabung zu erfüllen. Schätzungsweise 8 Millionen Menschen hätten in den europäischen Mitgliedsstaaten keinen oder einen nur unzureichenden Zugang zu Wasser. Das hiervon vorrangig prekär lebende Bevölkerungsgruppen betroffen wären, betonte sie besonders. Wasser wäre integraler Kreislauf, Dienstleistung nah an den Menschen und der Zugang müsste zwingend gesetzgeberisch gewährleistet werden. Der Ansatz in der Union müsste mehr auf das Menschenrecht, denn auf Markt orientieren. Der EU stünde es gut zu Gesicht, in Menschenrechtsfragen an der Spitze zu stehen. Private Multis bedeuten unzureichende Beachtung des ländlichen Raums, der Ökologie und der Umwelt. Die internationale Zusammenarbeit sollte bei Wasser auf gemeinwirtschaftliche Grundlage gestellt werden. Die Vertreterin der Generaldirektion (GD) Umwelt merkte an, dass aus ihrer Sicht die bestehenden Richtlinien ausreichend seien. Nein, so Frau Perret, die Forderungen müssten klar in den bestehenden Rahmen eingefügt werden.

Erhard Ott betonte in seinem Beitrag zur Forderung 2, dass die Bürgerinitiative nicht wegen der Konzessionsrichtlinie angestrengt wurde, der Kampf dagegen wäre nur ein Teil der Initiative gewesen. Vielmehr ginge es um die Herausnahme des Wassers aus den Binnenmarktregeln. Der Binnenmarkt wäre kein geeignetes Instrument. Es müsste per Gesetz mehr Transparenz dieser Dienstleistungen geschaffen werden. Diese sei rechtlich nur für öffentliche machbar, Private ließen Transparenz gegenüber den Stakeholdern vermissen: Sie seien eben den Shareholdern verpflichtet. Deshalb muss und kann diese Dienstleistung nur von Öffentlichen erbracht werden.

Professor Pedro Arrojo aus Spanien sprach dann zum Thema des globalen Zugangs und vermerkte dabei, das es verschiedene Krisen in der Gesellschaft gebe, die der mangelnden Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens, die der ständig wachsenden Armut und die Governmentskrise. Es würde außer Acht gelassen, das Wasser auch und besonders einen sozialen Wert hätte. EU muss hier politische Führerschaft übernehmen. Bisher würde sie mehr als Privatisierer wahrgenommen und als Bremser der UN-Menschenrechtsdebatte. Die

EU sollte wie schon begonnen, internationale öffentlich - öffentliche Partnerschaften verstärkt unterstützen. Entwicklungshilfe für Wasserdienstleistungen muss eine noch höhere Priorität gewinnen.

Bezüglich der Verhandlungen zu Freihandelsabkommen steht eine klare Forderung nach Herausnahme der Wasserdienstleistungen, und nach wesentlich mehr öffentlichen Konsultationen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Generaldirektionen nutzten die Aussprache zu vielen Fragen. Von der GD Handel wurde dabei erklärt, dass die Forderung nach Herausnahme des Wassers bereits erfüllt sei. Im Abkommen mit Kanada gebe es über 500 Ausnahmeregelungen.

Am Nachmittag fand die Anhörung vor dem Europäischen Parlament statt, die 3,5 Stunden andauerte. Der größte Saal des Parlamentsgebäudes, er hat 400 Plätze, war überfüllt. Hier traten die Berichterstatter wieder auf, erläuterten das Anliegen und stellten sich den Fragen der Abgeordneten des Parlaments. Es waren 60 MdEPs anwesend, die mehrheitlich keine Fragen stellten, sondern Statements abgaben. Die überragende Mehrheit stellte sich hinter die Forderungen der EBI. Gegen ein Menschenrecht auf Wasser sprach sich keiner aus. Etwa 5 Abgeordnete äußerten sich kritisch wegen der ablehnenden Haltung in den Forderungen der Initiative zu privaten Unternehmen in der Wasserwirtschaft. Ein deutscher Abgeordneter (CDU) aus M/VP meinte, dass man öffentliche (volkseigene) Unternehmen aus DDR-Sozialismus-Zeiten kenne und die Privaten es viel besser machen würden. Aber auch er positionierte sich für das Menschenrecht. Sein Kollege aus Franken (CSU) dagegen sprach sich eindeutig für alle Forderungen der EBI aus. Die anderen Kritiker der EBI - Forderungen kamen aus Frankreich. Bekannte Akteure der Lobby privater Unternehmen nahmen ebenfalls an der Anhörung teil. Sollten sie etwas gelernt haben?

Weitere Teilnehmer waren Repräsentanten aus dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, der die Forderungen mit Vorbehalten akzeptierte und aus dem Ausschuss der Regionen, der sich voll inhaltlich hinter die Initiative stellte.

Das Fazit des Tages kann nur sein: An der Auseinandersetzung mit den Forderungen von "right2water" wird die Kommission nicht vorbeikommen. Am 20. März, 2 Tage vor dem internationalen Tag des Wassers, wird die Kommission eine Mitteilung herausgeben und sie wird die vielen Unterschriften für ein Menschenrecht auf Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung berücksichtigen. So habe ich das Abschlussplädoyer des Vizechefs der EU - Kommission, Herrn Sevcovic, jedenfalls verstanden.

Mathias Ladstätter, für die AöW

Berlin, 19.02.2014

PS.: Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Frau Heide Rühle, Europaabgeordnete der Grünen, bedanken. Ihr Engagement hat die Bürgerinitiative mit zu dem Erfolg verholfen